

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206 Postfachkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 30 G. Pfa., bei Blankvorschrift 35 G. Pfa., Familienanzeigen von Privatien die 10geleit. Kolonelle 15 G. Pfa., Reklameseite 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 35 G. Pfa., bei Blankvorschrift 40 G. Pfa., Reklameseite 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Steuer- und Aufwertungs-vorlagen im Reichstage.

Im Reichstag begann am Donnerstag der Kampf um die Steuer- und Aufwertungs-vorlagen. Auf der Tagesordnung standen die Entwürfe zu den neuen Steuer- und Aufwertungs-gesetzen, zum Finanzausgleich und der Aufwertungs-gesetzentwurf. Zu ihrer Begründung nahm

Reichsfinanzminister v. Schlieffen

das Wort. Er weist zunächst auf die große Bedeutung der Vorlagen hin, mit denen die Steuer- und Aufwertungs-gesetze seit dem Ende der Inflationszeit neugeordneten Lage der Wirtschaft und der Reichsfinanzen angepaßt werden soll. Von der richtigen Lösung dieser Aufgabe hänge es ab, ob Deutschland nach der Stabilisierung seiner Währung wieder wirtschaftlich gedeihen kann. Der Minister richtet an die Abgeordneten die Bitte, bei der Beratung der verschiedenen Vorlagen zu berücksichtigen, daß sie miteinander in engstem Zusammenhang stehen und als ein einheitliches Gesetzgebungswerk zu betrachten sind. Die seit der Marktstabilisierung durchgeführte Sparwirtschaft habe zwar die Finanzlage des Reichs günstiger gestaltet und im Jahre 1924 nicht unerhebliche Ueberschüsse gebracht. Der vielmal zu beobachtende übertriebene Optimismus sei aber nicht beachtet. Die Ueberschüsse des Jahres 1924 müßten verbraucht werden zur Abdeckung der noch aus der zurückliegenden Zeit bestehenden Schuldverpflichtungen und zur Rückstellung für die bevorstehenden unvorhersehbaren einmaligen außerordentlichen Ausgaben. So würde dem Reich nicht einmal ein Betriebsmittelfonds verbleiben, wenn nicht über den Voranschlag für 1925 hinaus Ersparnisse zu erwarten wären. Der aus diesen Ersparnissen zu bildende Betriebsmittelfonds sei aber angesichts der gesteigerten Ausgaben des Reichs nicht ausreichend. Das so entstehende Loch muß ausgefüllt werden. Aus dem Bild der Reichsfinanzen ergibt sich, wie leicht die in der Öffentlichkeit oft angelegentlich behauptung ist, das Reich erhebe ganz überhöhter Weise viel zu hohe Steuern, um Ueberschüsse anzukammeln. Es wäre eine völlig falsche Finanzpolitik, wenn die für unvorhersehbare einmalige Ausgaben zurückgestellten Ueberschüsse aus 1924 etwa als dauernde Grundlage für die künftige Finanzwirtschaft des Reichs angesehen würden. Der Etat für 1924 müßte neuveranschlagt werden.

Der Etat für 1925 sieht mindestens 4000 Millionen Mark an Einnahmehausparnissen vor. Auf der Einnahmeseite sind die Einnahmen aus dem Etat 1924 übernommen worden. Das ist bemängelt worden mit der Begründung, daß die Einnahmehausparnisse für 1924 sich als viel zu gering erweisen habe. Bei der Aufstellung des Etats für 1925 laßen uns die tatsächlichen Ergebnisse von 1924 noch nicht vor. Nach der jetzt möglichen genaueren Schätzung würde sich immer noch ein wesentlicher Fehlbetrag ergeben, den wir durch Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer decken wollen. (Hört, hört! links.) Für 1926 ist mit einem noch größeren Fehlbetrag zu rechnen. Die erhöhte Bier- und Tabaksteuer soll 1926 rund 338 Millionen bringen, im Jahre 1925 dürfte sich ihr Ertrag aber nur auf 190 Millionen belaufen, weil sie erst am 1. Juli in Kraft treten kann. Es würde in der gegenwärtigen Lage Deutschlands verfehlt sein, Produktion und Konsumtion in höherem Maße steuerlich zu belasten, als es unbedingt erforderlich ist im Interesse des Reichs, der Länder und Gemeinden. Die hier vorgeschlagene Ermäßigung der Steuerbefreiung verfolgt den Zweck, die Produktion zu fördern. Die Finanzlage des Reichs und die großen von ihm zu tragenden Lasten machen immerhin sehr erhebliche Steuererhöhungen notwendig. Wenn die Verwaltungskosten als zu hoch bezeichnet werden, so ist zu berücksichtigen, daß angesichts der gesteigerten Verwaltungsaufgaben und der gelockerten Kaufkraft des Geldes eine Erhöhung um 30 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit nicht als Beweis für Verschwendungssucht angesehen werden kann. Bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind wir von der monatlichen wieder zur vierteljährlichen Einziehung zurückgekehrt. Im Interesse der Steuerzahler ist eine einheitliche Verwaltung unentbehrlich. Wir können deshalb auf die reichsweite Steuerverwaltung nicht verzichten.

Wenn die Steuern den von ihnen erwarteten Ertrag bringen sollen, wenn andererseits der Wirtschaft die ihr unentbehrliche Ruhe und Sicherheit gegeben werden soll, dann ist die möglichst schnelle Herabsetzung des ganzen Gesetzgebungswerks in den nächsten Monaten dringend erforderlich. Die gesetzliche Regelung der Aufwertungsfrage stand unter der Notwendigkeit, die Ausgaben für die Abföhrung in den engen Grenzen zu halten, die die Finanzlage des Reichs zischt. Die Reichsregierung hält an dem Gedanken fest, daß den wirklich Geschädigten etwas zuteil werden soll, nicht aber denen, die in der Inflationszeit unter Aufwendung geringerer Mittel große Anleihebeiträge in ihren Besitz gebracht haben. Der Anleihebesitz umfasst schätzungsweise 20 Milliarden Mark, die für die Anleiherente aufzubringende Summe beträgt jährlich 30 Millionen. Der gleiche Betrag ist für die Auslösung vorgesehen. Hiernach würde eine Tilgung in rund 40 Jahren durchgeführt sein. Im Gegensatz zum Reichstag hält die Reichsregierung an der Prämienauslösung fest, weil sie sich davon eine Begünstigung des Borsenkurzes zum Vorteil der Altschaffer verspricht. Die Verkäufer der Kriegsanleihe können bei der Aufwertung nicht berücksichtigt werden. Der Aufwertungsentwurf ist von den Grundzügen der Einheitlichkeit, Endgültigkeit und der sozialen Lösung bestimmt. — Der Minister schließt mit der Aufforderung, das Gesetzgebungswerk möglichst schnell und einheitlich zu verabschieden.

Reichsjustizminister Frentzen

erörtert dann die Rechtsgrundzüge, die für den Regierungsentwurf zum Aufwertungs-gesetz bestimmend waren. Die Reichsregierung betrachtet die Aufwertungsfrage weder als reine Rechts-, noch als reine Wirtschaftsfrage, sondern sie geht davon aus, das Streben nach höchster Gerechtigkeit mit der Verantwortung für den wirtschaftlichen Fortbestand und den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Vaterlandes zu verbinden. Die Aufwertungsfrage ist auch vorwiegend eine soziale Frage. Sie würde zu einer Schicksalsfrage des Deutschen Reiches werden, wenn bei ihrer Lösung nicht alle die erwähnten Gesichtspunkte berücksichtigt würden. Darum mußte die Regierung die individuelle Lösung ablehnen, darum mußte sie sich bei ihrer Vorlage auch auf die reinen Vermögensfragen beschränken. Der

Minister geht dann auf die vom Reichstag bei der Hypothekenaufwertung vorgeschlagenen Änderungen ein und verteidigt ihnen gegenüber die ursprüngliche Regierungsvorlage. Eine Aufwertung der Industrieobligationen und der Bankguthaben erscheine der Reichsregierung finanziell nicht tragbar. Der Minister schließt mit dem Wunsch, daß jetzt eine endgültige Lösung des Aufwertungsproblems erreicht werden möge zur Beruhigung der Wirtschaft und zum Segen für das Reich.

Die Beratung der Vorlagen wird auf Montag verlagert, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, inzwischen die stenographische Niederschrift der Ministerreden zu studieren.

Deutschland und die weltwirtschaftliche Entwicklung.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Hg Robert Schmidt (Soz.):

Nach der Ueberwindung der Inflationszeit befinden wir uns am Anfang einer der ungünstigsten Epochen unserer Wirtschaft. Sie hat die Bildung größerer Unternehmerrgruppen begünstigt, deren schädliche Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft sich erst im Zukunft zeigen werden. Der zur Zeit immer noch bestehende Kapitalmangel ist eine Folge der Inflation, die zu einer Zerstörung des Sparkapitals geführt hat. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Konkurrenzunfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt wird immer wieder auf die angeblich zu hohe Belastung der deutschen Industrie durch Steuern hingewiesen. Man braucht sich aber nur den Großhandelsindex der mit uns im Verkehr stehenden Länder anzusehen, um zu merken, daß diese Klagen stark übertrieben werden. Man bemüht diese Klagen zu den Bestrebungen, die Arbeitszeit zu verlängern. Dabei sind die Arbeitslöhne in den mit Deutschland in Konkurrenz stehenden Ländern wesentlich höher als bei uns. Die englischen Löhne sind zweieinhalbmal, die amerikanischen Löhne sogar viermal so hoch als die deutschen Löhne. Die deutsche Industrie müßte also bei diesen niedrigen Löhnen konkurrenzfähig sein. Wenn die Preisentwicklung bei uns über dem Weltmarkt steht, so ist das in der übermäßigen Belastung der Wirtschaft nicht begründet, sondern wir sehen darin ein Nachwirken der Inflationsperiode, die jetzt nicht mehr aufzuweichen ist. Bei der Betrachtung unserer Exportausföhrungen müssen wir die Lage auf dem gesamten Weltmarkt berücksichtigen. Große Wirtschaftsgebiete sind zerstört worden, die früher Absatzländer waren. Auch die Entwicklung im Auslande zeigt die gleichen ungeheuren Schwierigkeiten und eröffnet für die Zukunft die ungünstigsten Perspektiven. Rußland ist für uns ganz verlorengegangen, auf dem Balkan haben wir nicht mehr die Absatzmöglichkeiten wie ehemals. Es müßten große Verkehrrunternehmungen gebaut werden; aber dafür fehlen die Kapitalien, ebenso wie für den Wiederaufbau der Schifffahrt. Auch sonst sehen wir gewaltige Veränderungen auf dem Weltmarkt. Während 1913 Europa mit zwei Dritteln am Weltmarkt beteiligt war, ist kein Anteil mehr beträchtlich zurückgegangen. Die Vereinigten Staaten verfügen über 56 Prozent der Rohstoffproduktion der ganzen Welt. An Erzen besitzt es drei Viertel, an Metallen zwei Drittel, an Weiz, Aluminium, Baumwolle über die Hälfte der Gesamtproduktion. In der Kupferproduktion hat Amerika sogar eine Monopolstellung inne. Dazu kommt, daß es zum Glückiger fast der ganzen Welt geworden ist. Auch neuere Industrieländer treten als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf. Britisch-Indien und Japan sind in Asien durch die günstigeren Verkehrsbedingungen und die bessere Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte uns gegenüber im Vorteil. Australiens Südamerika produzieren über den eigenen Bedarf auch schon für den Weltmarkt. Jede Veränderung auf dem Weltmarkt zischt Deutschland und die andern europäischen Industriestaaten in Mitleidenenschaft.

Wenn wir uns dieses gesamte Bild der wirtschaftlichen Entwicklung vergegenwärtigen, so erscheint uns die zukünftige Stellung Deutschlands außerordentlich gefährlich. Wir werden aber nur dann dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig sein, wenn wir viel stärker als bisher an die Herstellung von Waren gehen, die qualifizierter Arbeit und qualifizierter Arbeitskräfte bedürfen, weil uns diese mehr zur Verfügung stehen als den neueren Industriestaaten. Darüber dürfen wir aber auch nicht die Hebung des inneren Marktes vernachlässigen. Das Wichtigste ist, durch eine Verbesserung der Löhne die Kaufkraft der großen Masse zu stärken und damit auf die Produktion zu wirken. Die Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse ist sehr stark gedrückt. Die unteren Beamtenschichten leiden unter ungenügender Besoldung. Wir müssen die Löhne und die Gehälter verbessern, weil gerade die Arbeiter und Beamten für den Massenkonsum in Betracht kommen. Wir warnen aber vor jeder Maßnahme, die eine neue Inflation zur Folge haben könnte. Dem Reichsbankpräsidenten müssen wir für seine nützbringende Arbeit unsere ganz besondere Anerkennung aussprechen. Er hat bisher allen Ansprüchen der Interessenten, die Kredite über das vorgezeichnete Maß hinaus zu steigern, Widerstand geleistet. Ich hoffe, daß nicht etwa künftig durch andre Maßnahmen eine Gefährdung der Währung eintritt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Einige Erörterungen der deutschen Wirtschaft bedürfen einer besonderen Würdigung. Beim Steinkohlenbergbau sehen wir große Ueberschüsse in der Produktion, die zur Anhäufung großer Bestände führt. Die Ursachen dafür sind die Zunahme der Braunkohleerzeugung, die Ersparnisse an Heizmaterial durch Fortschritte in der Wärmetechnik, die Ausdehnung der elektrischen Kraftzeugung durch andere Quellen, die wachsende Energiegewinnung für die Industrie aus der Kohle, die Abföhrung im Auslande. Wir werden diese Erscheinungen nicht wesen-

lich ändern, sie sind durch die Gesamtlage der Wirtschaft gegeben; aber wir können Maßnahmen treffen, um eine Ueberproduktion zu verhindern. Es gibt zwei Möglichkeiten besserer Verwertung der Steinkohle. Zunächst muß der Versuch gemacht werden, den Auslandsabzug zu steigern. Die ungünstigen Reichsbahn-tarife müssen geändert werden, damit die deutsche Kohle mit der ausländischen Kohle in Deutschland konkurrieren kann. Weiter müssen wir die Aufbarmachung der Kohle in anderer Form fördern. Besonders muß durch Vertiefung und chemische Zubereitung mehr Teer und Öl aus der Kohle gewonnen werden. Das ist nicht nur ein Problem, sondern hier können wir uns der technischen Entwicklung anpassen. Wir können uns in der Versorgung mit Betriebsstoff für die Motore frei vom Auslande machen, wenn wir mehr Teer aus der Kohle extrahieren. Nun hat das Steinkohlensyndikat das Bestreben, nur noch die besten Vorkommen abzubauen. Vom privatkapitalistischen Standpunkt aus wäre das vielleicht zu billig, aber wir haben der Ausnutzung der Naturkräfte anders gegenüber, wir wollen keinen Raubbau betreiben, der uns vielleicht später unter ungünstigeren Verhältnissen dazu zwingt, auch weniger vorteilhafte Vorkommen in Angriff zu nehmen. Dieses Vorgehen des Syndikats hat dazu geführt, daß Tausende von Bergarbeitern aus Lohn und Brot gebracht werden. Die Jochherren sind ganz rücksichtslos dabei vorgegangen. Das Kohlensyndikat hat nur nach rein kapitalistischen Grundsätzen blickt und sich um die sozialpolitische Seite überhaupt nicht gekümmert. Ich hätte gewünscht, daß das Ministerium diesem rücksichtslosen Auftreten der Grubenherren mit größerem Nachdruck entgegengetreten und ihnen nicht indirekte Unterstützung geleistet hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ein nicht sehr angenehmes Kapital ist die Syndikatswirtschaft beim Kaliberbau. Der deutsche Kaliberbau war zunächst durch die elastische Konkurrenz bedrängt, aber es ist gelungen, mit ihr zu einer Verflüchtigung über den Auslandsmarkt zu kommen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt kann das gutgehen werden. Aber das Zwangs-syndikat hat auch zu Erscheinungen unangenehmer Art geführt. Es besteht die Meinung, die Quoten schwächerer Unternehmungen aufzukaufen. Der Winters-halt-Konzern hat vor einiger Zeit den Versuch unternommen, mit Unterstützung der preussischen Bergwerksverwaltung die Majorität im Kalibersyndikat zu erringen. Diese Absicht ist vereitelt worden, es hat aber auch eine unangenehme Auswirkung nach der anderen Seite gehabt. Es wurde auf der Gegenseite eine Organisation geschaffen, um selbst die Majorität zu gewinnen. Diese Entwicklung ist wenig erquicklich. Die Kalibererhebung müßte eine Änderung in der Richtung erfahren, daß einer Herrschaftsbildung innerhalb des Kalibersyndikats ein Riegel vorgehalten wird. Wenn wir uns überhaupt die Entwicklung der Syndikats betrachten, so kommen wir zu der Forderung der Schaffung eines Kartellamts, das den eigentlichen Interessen der Kapitalherren entgegentritt und auch die Interessen der Konsumenten wahrnimmt.

Die Regierung hat angekündigt, daß der neue Zolltarif bald kommt. Wir wünschen, daß er nun endlich dem Reichstag unterbreitet werde, nicht etwa aus Begeisterung für den Schutz, sondern weil wir endlich Klarheit haben wollen. Es wurde gesagt, wir müssen hohe Zölle in den Tarif einsehen, damit wir beim Abschluß von Handelsverträgen eine günstigere Stellung haben. Es ist fraglich, ob wir das damit erreichen. Wir sind ein Land, das Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen muß, nur unter Herabdrückung der Lebenshaltung der Bevölkerung können wir darauf verzichten. Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß der Abschluß von Handelsverträgen gefördert wird, denn das bedeutet zugleich eine Förderung des Exports. Deshalb wünschen wir auch, daß endlich der deutsch-spanische Handelsvertrag verabschiedet wird. Aber wir lehnen es ab, allein die Verantwortung dafür zu tragen, sondern müssen es den Reichsparteien überlassen, selbst die notwendige Majorität dazu zu stellen. Wenn weite wirtschaftliche Kreise sich darüber beschweren, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag noch immer nicht ratifiziert ist, dann mögen sie sich vertrauensvoll an die Deutschnationalen wenden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind uns wohl bewußt, daß wir bei dem Abschluß von Handelsverträgen auch Konzessionen machen und Lasten übernehmen müssen. Wenn beim deutsch-spanischen Vertrag Erleichterungen für die Weinbauern möglich sind, so werden auch meine Freunde diesen Weg beschreiten. Aufs schärfste müssen wir uns aber gegen die Bestrebungen des schwerindustriellen Kapitals wenden, bei den Handelsvertragsverhandlungen in die Rechte des Staates und der Behörden einzugreifen. Wir müssen immer mehr dazu kommen, die Produktionsbedingungen im Auslande denen des Auslandes gleichzustellen, dazu gehört vor allem die Ratifizierung des Abkommens über den Vorkontingent. Wenn wir nicht die wirtschaftlichen Gegenläufe zu mildern versuchen, dann werden wir auch nicht zu einer Abwägung der politischen Gegenläufe kommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Staat wie Deutschland braucht zu seiner weiteren Entwicklung den Frieden. Die Wahl vom vorigen Sonntag hat allerdings die Perspektiven für uns nicht gefördert, sie ist nicht geeignet, das Vertrauen der anderen Länder zu Deutschland zu heben. Wir stehen im Kampfe gegen die Kräfte, die in Vertiefung der wirtschaftlichen Gefahren durch ihre politische Umkehrung großen Schaden anrichten. Gegen diese Kräfte aufzutreten müßte auch die Aufgabe einer Regierung sein, die das Wohl des ganzen Landes im Auge hat. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Hg. v. Haumer (D. Lu.) gibt nachträglich den Bericht über die Ausfuhrverhandlungen. Hg. Dr. Rejeme-Jung (Dnat.) steht in der Vertiefung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, zwischen Groß- und Kleinbetrieben eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft. Eine sehr bedenkliche Erscheinung sei die große Passivität in der deutschen Handelsbilanz.

Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr verlagert.